

3. Die Stimmungslage der Bevölkerung in Befragungen und das Thema „Eigenverantwortung“ in den Programmen der Parteien zur Bundestagswahl 2025

Am 6. November 2024 kam es zum Bruch der Ampelkoalition, mit dem der Wahlkampf für die kommende Bundestagswahl eingeläutet worden ist. Die Konflikte innerhalb der Bundesregierung können aber letztlich nur vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage in Deutschland verstanden werden.

3.1 Wirtschaftliche Eckdaten und die Stimmungslage der Bevölkerung in Bezug auf die wirtschaftliche Situation

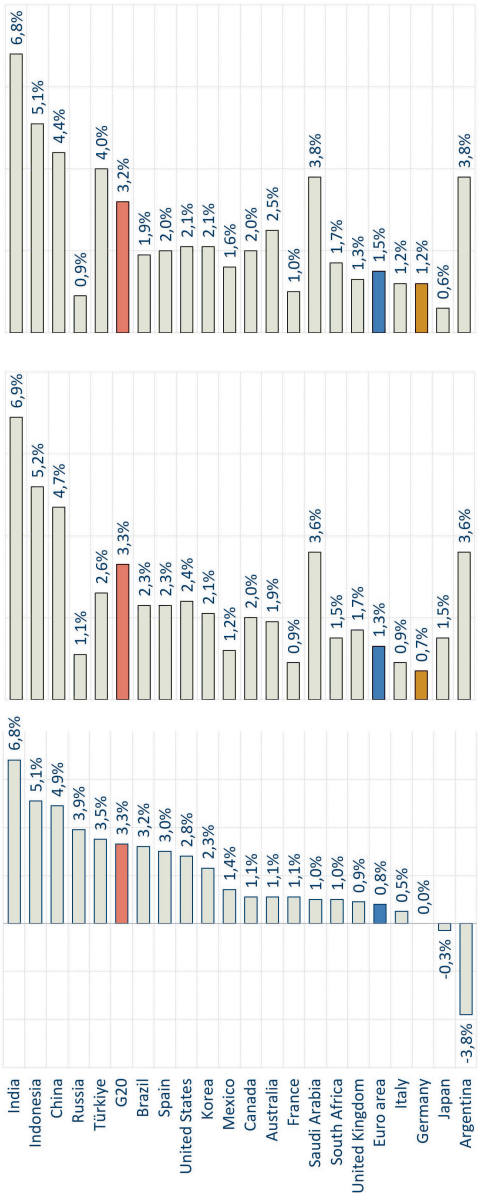
Die zahlreichen Wirtschaftsprognosen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Lage in Deutschland als besonders kritisch zu beurteilen ist. Es wird allgemein befürchtet, dass Deutschland 2025 das dritte Jahr in Folge in der Rezession verbleiben wird, nachdem es schon 2023 und 2024 ein rückläufiges Bruttoinlandsprodukt (BIP) gezeigt hat (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2025a). Die OECD weist zwar für Deutschland noch ein minimales Wachstum in 2024 aus, sieht das Land jedoch auch im Jahr 2026 ganz am unteren Ende des Wachstums (Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2024).

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet für 2025 Folgendes: „Im kommenden Jahr ist daher nur mit geringem Wachstum zu rechnen. Deutschland dürfte dementsprechend auch weiterhin deutlich hinter den anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurückbleiben.“ (Sachverständigenrat für Wirtschaft 2024)

Kurz vor der Jahreswende von 2024 auf 2025 wurden zwei Studien veröffentlicht, die die subjektiven Erwartungen der Deutschen zur Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft zum Gegenstand hatten. Die Studie vom Ipsos Institut kommt zu dem Ergebnis, „Deutsche beurteilen die Lage der Nation so pessimistisch wie nie zuvor“ (Ipsos 2025), und zeigt, dass die Deutschen die Sorge um die Wirtschaft gleich nach der Sorge um die Situation der Immigration am meisten belastet.

3. „Eigenverantwortung“ in den Programmen der Parteien zur Bundestagswahl 2025

Abbildung 3: Projektionen der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zu konstanten Preisen (real GDP) für 2024, 2025 und 2026



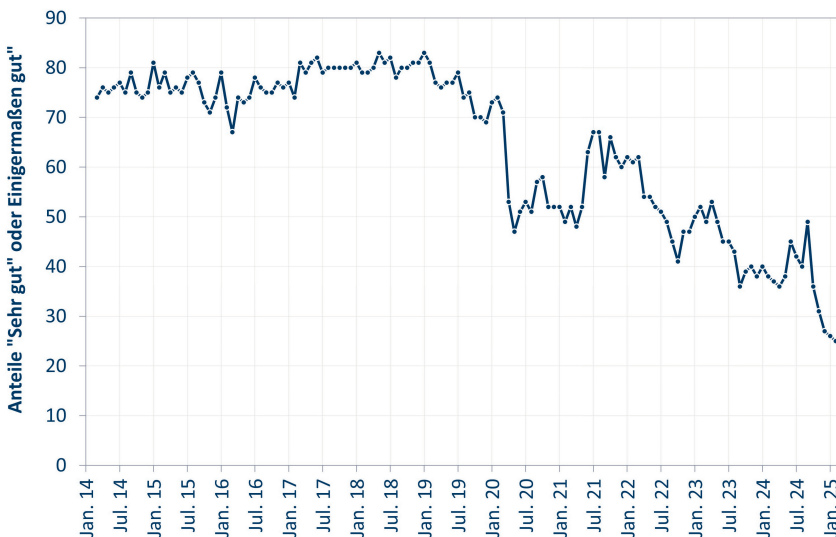
Quelle:Abbildung aus (Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2024)

Im Zeitverlauf verdeutlicht sich, dass sich die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation nach dem Einbruch durch die COVID-19-Pandemie dramatisch verschlechtert und danach auch nicht mehr erholt hat, sodass 2025 der schlechteste Wert seit zehn Jahren gemessen wird (siehe Abbildung 4).

Auch die von der Stiftung für Zukunftsfragen in Auftrag gegebene Studie zeichnet ein negatives Bild: „78 Prozent der Deutschen erwarten, dass die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland 2025 größer werden.“ Bereits im Vorjahr war ein ähnlich hoher Wert ermittelt worden.

„Die Angst vor Wohlstandsverlust, gepaart mit steigenden Lebenshaltungskosten, prägt die Wahrnehmung vieler Bürger. Unternehmen kämpfen mit globaler Konkurrenz, Fachkräftemangel, möglichen Handelskriegen und politischer Instabilität. Die mediale Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage verstärkt diese Unsicherheit zusätzlich.“ (Stiftung für Zukunftsfragen 2024)

Abbildung 4: Antwort „Sehr gut“ oder „Einigermaßen gut“ auf die Frage „Wie würden Sie die wirtschaftliche Situation in Ihrem Land beschreiben?“



Quelle: Angaben nach (Nadler 2025) für Deutschland

Vor dem Hintergrund objektiver und vor allem subjektiver Befunde zur Einschätzung der allgemeinen und wirtschaftlichen Lage im Besonderen wäre zu erwarten, dass das Thema „Eigenverantwortung“ in der publizier-

ten Welt in Zunahme begriffen ist. Dies kann derzeit noch nicht mit Daten abgebildet werden. Es sieht aber nicht so aus, dass dieses Thema in den Zeitungen oder in politischen Debatten eine wesentlich größere Bedeutung einnehmen würde als zuvor.

Ein Blick in die Wahlprogramme der größeren Parteien sollte daher einen Eindruck vermitteln, welche Bedeutung dem Thema bei der Bundestagswahl 2025 zukommt.

3.2 Eigenverantwortung in den Wahlprogrammen der Parteien

Um einen Eindruck hinsichtlich der Thematisierung des Begriffs „Eigenverantwortung“ zu bekommen, wurden die Ende Januar 2025 veröffentlichten Wahlprogramme der Parteien⁷ nach der Häufigkeit durchsucht, mit der die Zeichenfolge „eigenverant“ dort vorkommt. Das Ergebnis wurde mit der Zahl der Seiten der Wahlprogramme normalisiert und mit 100 multipliziert, sodass der „Index der Thematisierung von Eigenverantwortung“ entstanden ist (siehe Abbildung 5).

Ein Vergleich der Parteien zeigt eine starke Differenzierung, die leicht erkennbar dem politischen Spektrum folgt. Parteien „rechts“ der Mitte thematisieren „Eigenverantwortung“ wesentlich stärker als Parteien „links“ der Mitte. SPD und BSW erwähnen den Begriff überhaupt nicht.

Im Sinne einer historischen Betrachtung der vergangenen 20 Jahre fällt auf, dass sich gegenüber früher gerade bei den rot-grünen Parteien ein massiver Wandel zugetragen hat. Damals verfolgte vor allem die SPD einen sozialreformerischen Kurs in Anlehnung an die Politik der britischen Labour-Regierung, der die Verantwortung des Individuums stark betonte (vgl. Abschnitt 4.1.2). Dass dieser Begriff heute aus dem Wahlprogramm vollständig verbannt ist, reflektiert den grundlegenden politischen Wandel der SPD.

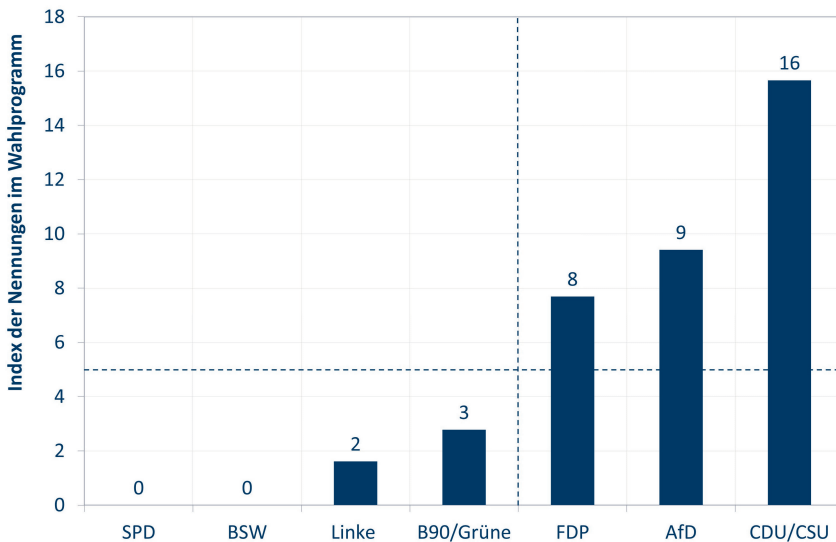
Bei genauerem Hinsehen ist aber zu erkennen, dass nur CSU/CSU bzw. FDP einen genaueren Bezug zur Gesundheitspolitik herstellen. Die AfD bringt den Begriff dagegen in Beziehung zur Wirtschaftsordnung und zu einem allgemeinen Leitbild bürgerlichen Lebens. Bei den Unionsparteien wird die Eigenverantwortung im Kontext der Prävention von Krankheiten

7 Die Quellen wurden über die Internetseite der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Baden-Württemberg ermittelt (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LPB) 2025).

sowie der Steigerung der Gesundheitskompetenz erwähnt. Die FDP betont explizit, die Wahlfreiheit von Versicherten stärken zu wollen.

Die beobachtete starke Differenzierung spiegelt damit gleichzeitig die intensive Polarisierung politischer Positionen wider, die in abgeschwächter Form teilweise auch quer durch die Unionsparteien verlaufen.⁸ Es konnte beobachtet werden, dass seit 2008 bzw. der 17. Wahlperiode ab 2009 (siehe dazu auch Abschnitt 4.1.3) politische Desiderate der Eigenverantwortung nach und nach zurückgenommen worden sind (siehe dazu auch Abschnitt 4.2).

Abbildung 5: Index der Thematisierung von „Eigenverantwortung“ in den Wahlprogrammen der größeren Parteien



Quelle: Wahlprogramme der Parteien nach (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LPB) 2025)

Insgesamt zeigt die Polarisierung der Parteien bei gleichzeitigem Fehlen konkreter Vorstellungen zur Rolle von Eigenverantwortung in der Gesundheitsversorgung an, dass das Thema im Wahlkampf und mit großer Wahr-

⁸ Während Jens Spahn (CDU) eher die Eigenverantwortung als einen der Pfeiler der Gesundheitspolitik ansieht, betont Karl-Josef Laumann (CDU) mehr die solidarischen Elemente und weist darauf hin, dass es auch Menschen gibt, die nicht in der Lage sind, ihre gesundheitlichen Belange in eigener Verantwortung zu gestalten.

scheinlichkeit auch nach den Wahlen eine eher geringe Rolle spielen wird, insbesondere wenn man dies mit der Situation vor 20 Jahren vergleicht.

Die Ausführungen dieses Abschnitts sollten zeigen, dass der aus der Vergangenheit bekannte (reziproke) Zusammenhang zwischen dem Thema „Eigenverantwortung“ und der wirtschaftlichen Situation in der subjektiven Wahrnehmung heutzutage eine geringere Rolle spielt: Ein hohes Niveau an Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung korrespondiert nicht mit einer verbreiteten Stimmung, nach der es einmal wieder an der Zeit wäre, mehr in die Verantwortung des Einzelnen zu legen. Dies war auch nicht in den Wahlprogrammen der Fall, sodass davon auszugehen ist, dass das Thema auch im Koalitionsvertrag der zukünftigen Regierung nicht an prominenter Stelle stehen wird.